

Biographie Rudi Christian

1940 wurde ich als Sohn des Feinmechanikers Rudolf Christian (1914-1989) und der Friseurmeisterin Johanna Christian (1920-2018) geboren, als Ältester unter fünf Geschwistern. Mein Vater stammt aus einer schwäbischen Schreinerfamilie, meine Mutter aus einem Friseurhaushalt und großmütterlicherseits einer großen Tagelöhnerfamilie, deren Söhne und Töchter - mit Ausnahme meiner Großmutter - in Bauernfamilien einheirateten oder handwerklichen Tätigkeiten nachgingen. Mein Vater, der sich vor Kriegsbeginn als Berufssoldat verpflichtet hatte und bei den Gebirgsjägern einen schweren Unfall erlitt, nahm als Unteroffizier des Luftwaffen-Bodenpersonals am Zweiten Weltkrieg teil, war aber kein Mitglied der NSDAP oder anderer NS-Organisationen. Meine Mutter war - wie sie betonte - gerne beim Bund Deutscher Mädel (BDM), wurde aber von mir und meinen Geschwistern stets als unpolitisch wahrgenommen.

Unser Vater war 1945 nur kurzzeitig in britischer Kriegsgefangenschaft, nach der Entlassung dann Waldarbeiter, Torfgräber, LKW-Fahrer und wechselnd arbeitslos, bis er Anfang der 50er bei der Howaldtwerft (HDW) in Hamburg Arbeit als Maschinenschlosser fand und dort bis zu seiner Verrentung blieb. Wir älteren Brüder wuchsen in sehr beengten häuslichen Verhältnissen unter Handwerkern und Bauern in unserem niedersächsischen Geburtsort Oldendorf auf, gelegen zwischen Stade und Bremervörde. Dort ging ich auch zur Volksschule, besuchte bis 1957 die Mittelschule in Stade und lernte – nach einer kurzen Episode als Schiffsjunge - im Ort Elektroinstallateur. Mein Hauptinteresse galt – wie auch das meiner drei Brüder - dem aktiven Fußball, aber auch der Haltung von Brieftauben und langen Fahrradtouren. Das nötige Kleingeld verdiente ich zu einem größeren Teil selbst durch Kirschenpflücken im Alten Land, bei der Zwetschgenernte im benachbarten Kehdingen oder in der Kartoffelernte. Lange Fahrradtouren, die ich mit Freunden schon in der Schulzeit bis ins Alpenvorland ausdehnte, habe ich auch während der Ausbildung unternommen. Obwohl der tarifliche Jahresurlaub von 3 Wochen das nicht hergab, konnte ich 1958, nach einem Besuch der Weltausstellung in Brüssel, mit Atomium und dem sensationellen Sowjetpavillon mit Wostok-Rakete und Sputnik-Satellit, der Versuchung

nicht widerstehen und steuerte Paris an. „Komme etwas später“ telegraphierte ich meinem Chef nach Ablauf des regulären Urlaubs, was ihn zu meinem Glück aber eher beeindruckte als verärgerte.

Politik im Elternhaus ?

spielte schon aus Zeitgründen nur eine geringe Rolle. Mein Vater war nicht nur Schwabe, sondern auch der sprichwörtliche Häuslebauer, der seine Feierabende über Jahre hinweg mit dem Um- und Ausbau zweier alter Fachwerkhäuser verbrachte. Dabei waren die handwerklichen Fähigkeiten von uns Älteren als Maurer, Handlanger, Elektriker oder Klempner auch wochenends fest eingeplant, was schlecht in unsere Freizeitplanung passte und regelmässig für Ärger sorgte. Nur die Jüngsten blieben altersbedingt vom väterlichen Arbeitsfuror verschont.

Als SPD-Wähler favorisierte mein Vater den schleswig-holsteinischen Landeschef Jochen Steffen, genannt „Roter Jochen“, aber auch den damals gar nicht mehr so roten Herbert Wehner. Ich erinnere aber auch, dass mein vielbeschäftigter Vater sich Anfang der 60er die Zeit nahm und mit uns Kindern zur Gedenkstätte Bergen-Belsen fuhr. Auf dem Truppenübungsplatz Bergen-Hohne hatte er einen Unteroffizierslehrgang absolviert und den benachbarten KZ-Betrieb in Bergen-Belsen wahrgenommen. Am Ort bemerkte er: „Danach war für mich der Krieg zu Ende.“ Ich habe das damals als Distanzierung von Nazi-Herrschaft und Soldatentum begriffen, was mir etwas von dem dumpfen Schuldgefühl nahm, das wohl jeden Besucher an diesem Ort des Schreckens befällt. Als ich 1965 eingezogen werden sollte, protestierte mein Vater schriftlich bei der Musterungsstelle. Er erlaube seinem Ältesten schlicht keinen Kriegsdienst.

Ansonsten überwog nach meinen Erinnerungen auch in unserer Familie der sprichwörtliche „Ohne-Michel“ der Nachkriegszeit. Erst als später in der Familie ein linker Wind aufkam, weil nach mir auch ein jüngerer Bruder in die DKP eintrat, meine Schwester mit uns sympathisierte und mein Vater ihr Berufsverbot befürchtete, kamen vergessene und verdrängte Bruchstücke von Familiengeschichte wieder ans Licht. So zeigte meine Mutter auf einem Gruppenphoto, wer unter den Ski-Freunden ihrer Schwäger „alles Kommunisten waren“ und erzählte zum ersten Mal, dass der älteste der Brüder bereits 1933, kurz nach der Einrichtung des frühen KZ-Heuberg, dort ein halbes Jahr inhaftiert war - wegen Erzählens von Hitler-Witzen. Ein beim Schwiegervater

angestellter Schreiner Geselle habe als Kommunist im Nachfolgelager „Auf dem Oberen Kuhberg“ in Ulm eingekerkert und sei „danach verschwunden“ gewesen. Heute rätselt der Rest der Familie, wie ein Bruder unseres Vaters auf ein Photodokument gelangt sein könnte, das eine Gruppe von Kriegsgefangenen beim Studium der Zeitung „Freies Deutschland“ zeigt, dem Organ des Nationalkomitees Freies Deutschland.* War das denn nie ein Thema gewesen in der Familie? Aber es ist niemand mehr da, der darauf eine Antwort geben könnte.

Die Landflucht

Unmittelbar nach meiner Elektrikerlehre (1957 bis 1960) ging ich nach Hamburg, nahm bei der AEG eine Arbeit im Anlagenbau auf und wartete nach einer Aufnahmeprüfung an der Ingenieurschule auf einen Studienplatz. Die waren Anfang der 60er-Jahre rar, denn - so ein Kollege: „Die kriegen ihre Ingenieure von drüben.“ Diese „Information“ stammte vom Vorstandsvorsitzenden der Blohm&Voss-AG, Reuß. Der hatte sie auf seiner Lehrabschlussfeier zum Besten gegeben. Mehr zufällig als geplant kam ich so an die Abendoberschule und auf dem zweiten Bildungsweg zur Hochschulreife. 1964 schrieb ich mich an der Universität Hamburg ein und studierte Physik. Zur Bundeswehr musste ich nicht, sondern wurde wegen des begonnenen Studiums und möglicherweise in Folge des väterlichen Protestes zurückgestellt. Mein Berufsziel war zu diesem Zeitpunkt eine Arbeit in Forschung oder Industrie. Dazu kam es jedoch nicht, da ich 1969 nach dem Physik-Vordiplom die Universität verließ und die Berufsarbeit als Elektriker wieder aufnahm. Ich hatte zu dieser Zeit schon Familie mit Sohn und Tochter. Belastende Gerichtsverfahren nach Protestaktionen von SDS und APO, die drohende Relegation und irgendwann ein kaum mehr zu leistender Lern-Nachholbedarf gaben den Ausschlag.

Meine Politisierung

erinnere ich so: Erste zaghafte Schritte waren 1961 der Eintritt in die IG Metall, allabendliche Diskussionen mit politisch interessierten Mitschülern der Abendoberschule, eine erste Marx-Lektüre. Aber erst eine Broschüre über das KZ Buchenwald, nach der ich weitere Lektüre

besorgte, löste bei mir intensiveres politisches Interesse aus und massives Misstrauen gegenüber den damaligen politischen Akteuren, was sich dann sehr schnell auch auf professorale Autoritäten übertrug. Man denke nur an damalige Nazifiguren der Adenauer-Regierung wie Hans Globke, Friedrich Karl Vialon, Theodor Oberländer oder Hans Filbinger. Oder den Professor Peter Hofstätter, der zu meiner Studentenzeit in Hamburg lehrte. Der ehemalige Nationalsozialist und Wehrpsychologe forderte in der Öffentlichkeit eine Generalamnestie für Kriegsverbrechen und stellte die These auf, die Tötung von Juden während des Zweiten Weltkrieges sollte nicht als Mord gewertet werden, sondern als Kriegshandlung. Und so einer war zu dieser Zeit gefragter Kolumnist in Springers Hamburger Abendblatt.

1967 schloss ich mich dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) an. Ich zählte mich zu dessen „aktionistischem“ Teil, bin weder als Redner noch als Marcuse-Propagandist hervorgetreten und kannte auch die „heiligen Texte“ der Frankfurter Schule nicht. Meine agitatorischen Beiträge beschränkten sich auf Mittun an Flugblattentwürfen und Vorlesungsstreiks. Sporadisch verteilte ich die kurzzeitig erscheinende „Anti-Bild-Zeitung“ und die AstA-Zeitung „Zur Sache“. Meine politischen Schlüsselerlebnissen glichen denen der anderen. Das waren die Knüppelorgien beim Schah-Besuch, mündend im Polizeimord an Benno Ohnesorg, die Napalm-Angriffe der US-Luftwaffe auf Kambodscha, das Massaker von My Lai, das aber erst 1969 bekannt wird. Meine wohl größten Bedenken aber galten den Notstandsgesetzen. Dieses Vorhaben erinnerte jeden etwas Geschichtskundigen sofort an den Niedergang der Weimarer Demokratie. Mit Hilfe solch eines Notverordnungsrechts hatte schon Reichspräsident Hindenburg die wichtigsten Grundrechte außer Kraft gesetzt, um dann Hitler die Regierungsbefugnis zu übertragen. Jetzt, 1968, knickte die SPD vor einer neuen Notstandsgesetzgebung ein, und was mir fast noch fataler erschien war das darauf folgende Abrücken des DGB von seinen widerständigen Beschlüssen und Erklärungen. Unsere Empörung, die sich vor allem gegen die vasallenhafte Unterstützung der USA durch die Bonner Parteien, gegen die Hetze der Springer-Presse und die Gleichgültigkeit unserer Zeitgenossen gerichtet hatte, machte sich u.a. in Provokationen Luft wie einer Spendensammlung `Waffen für den Vietcong!' auf dem Hamburger Jungfernstieg.

1968 wurde ich auf der Liste des SDS ins Studentenparlament gewählt. Dort habe ich mich weniger um hochschulpolitische Angelegenheiten bemüht als propagandistisch und technisch um

den Sturz der Kolonialdenkmäler von Hermann von Wissmann und Hans Dominik. Wissmann wurde übrigens, quasi parteiübergreifend, unter aktiver Mithilfe auch der studentischen RCDS-Fraktion zu Fall gebracht. Dies geschah in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November 1968. Kritik an den Statuen gab es jedoch schon seit Beginn der 1960er Jahre und ein mit großem Aufwand vorbereitetes Happening am 8. August 1967 hatte mehr öffentliche Aufmerksamkeit gebracht. An diese Aktion und die Folgen erinnere ich mich so: Als der Wissmann-Statue ein Seil um den Hals gelegt wurde, griff die nichtuniformierte Staatsgewalt ein. In absoluter Verkennung des Unernstes der Lage und der nicht vorhandenen technischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Denkmalssturz sorgte sie für die Festnahme von fünf „Umstürzern“, mich eingeschlossen. Haftbefehle wegen ‚Nichterscheinens vor Gericht‘ lösten dann eine unerwartet breite Solidaritätswelle und Spontanaktionen unter Studenten und Sympathisanten aus. Wir SDSler gerieten nun zunehmend in Konflikt mit Behörden und Gerichten. Laut meinen Gerichtsunterlagen kassierte ich z.B. am 15. Oktober 1968 einen Tag Haft wegen „Ungebühr vor Gericht“, weil ich mich bei der Urteilsverkündung im Verfahren gegen den SDS-Mitstreiter Michael Deter nicht erhoben hatte. Michael erhielt drei Monate Haft ohne Bewährung, angeblich wegen Widerstands bei seiner Festnahme, polizeilich protokolliert als Körperverletzung. Nach einer Vietnam-Demo am 9. Februar 1968, die als Springer-Blockade endete, waren es dann schon 10 Tage Untersuchungshaft. Diesmal wegen Beamtennötigung – sprich Stehenbleiben vor einem Einsatzwagen – wofür ich im anschließenden Verfahren fünf Monate auf Bewährung kassierte. Ein Bruder erinnert sich, dass Bild darüber „berichtete“ und das Urteil zum Dorfgespräch wurde, was meinen Eltern sehr unangenehm war. Danach kamen Anklagen und Geldstrafen unterschiedlichen Kalibers, denn was das Behaupten und Konstruieren von Demonstrationsdelikten betraf, erwiesen sich Gerichte und Polizeizeugen von Verfahren zu Verfahren als einfallsreicher. Es wurde also langsam ungemütlich, aber 1970 profitierte ich vom Amnestiegesetz für „Demonstrationsstraftäter“. Die Regierung Brandt wollte damit die Gerichte von einer Unzahl politischer Klagen entlasten und den Vertrauensverlust in der Jugend ausbügeln, der durch den „Notstands-Verrat“ der SPD und die Zustimmung zum Vietnamkrieg eingetreten war. Ohne deren Stimme wäre der anschließende Kurswechsel in der Ostpolitik, der eine hauchdünne parlamentarische Mehrheit hatte, auch nicht machbar gewesen.

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde damals unser Protest gegen den Bau von Korvetten für die portugiesische Militärdiktatur auf der Hamburger Werft Blohm & Voss. Nur B&V-Lehrlinge und Studenten kritisierten die Militärhilfe für das faschistische Caetano-Regime, das diese Schiffe dann gegen die Befreiungsbewegungen in Angola und Mosambik einsetzen sollte. Im Oktober 1969 hob sich dann doch kurz der Schleier über diesem als NATO-Beitrag getarnten Geschäft. Unbekannte beschädigten mit einer Sprengladung eines der Kriegsschiffe. Das bewirkte nun einige Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, weckte aber auch das politische Kommissariat K4 der Kripo. Wegen meiner B&V-Vergangenheit, einer Verbindung zum holländischen Angola-Komitee, nicht zuletzt durch einen denunziatorischen Hinweis in Springers Bild-Zeitung, geriet ich neben anderen ins Zentrum von Ermittlungen, die sich bis in Verwandtenkreise erstreckten, dann aber schlagartig aufhörten. Denn es handelte sich bei diesem Korvettengeschäft um einen groben Verstoss gegen ein UNO-Waffenembargo, was der Regierung Brandt mit ihren außenpolitischen Ambitionen schlecht zu Gesicht stand. Irgendwer hatte also den Aktendeckel zugeklappt.

Nach `68 und APO

Folgen hatte mein politisches Engagement auch im späteren Arbeitsleben: So musste ich 1970 eine Siemens-Baustelle auf der Werft Blohm & Voss überstürzt und in Begleitung von Werkschutzleuten verlassen. Eine Einstellung beim Klimaunternehmen Noske-Käser wurde noch vor Arbeitsaufnahme rückgängig gemacht. Bei den Kieler Howaldtwerken-Deutsche Werft (HDW) brach ich selbst eine Einstellung wegen der anstehenden „Sicherheitsüberprüfung“ ab, auf der Norderwerft war es mir streng untersagt, Reparaturobjekte der Bundeswehr zu betreten, was ich allerdings verschmerzen konnte.

1969 gehörte ich zu den Gründern des SDS-nahen SLZ (Sozialistisches Lehrlingszentrum), das sich bald wegen des Zulaufs von Jungarbeitern in „Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum“ (SALZ) umbenannte. Dieses ging später im Kommunistischen Bund (KB) auf. Seit 1971 bin ich Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), in der ich

unterschiedliche ehrenamtliche Funktionen ausübte. Das reduzierte sich erst mit der Wende 1989/90 auf Gruppenfunktionen und die Redaktion einer Stadtteilzeitung. Zeitweise gehörte ich der Vertreterversammlung der Hamburger IG Metall an; auf zwei Hamburger Werften war ich Betriebsratsmitglied, während der letzten 20 Jahre meiner Berufstätigkeit auch Betriebsratsvorsitzender. Doch dazu mehr.

Als Post-68er im Betrieb

Die Norderwerft war nach meiner Einstellung 1970 nach zwei aufeinanderfolgenden Insolvenzen an die Sietas-Gruppe gegangen. Die Sietas-Werft, deren riesiger Portalkran an der Este-Mündung gegenüber Blankenese noch heute wie das Tor zum Hamburger Hafen anmutet, war bis in die 80er-Jahre die Vorzeigewerft Hamburgs. Dort wurde jeden Monat ein Schiffsneubau abgeliefert. Meine krisengeplagten Norderwerft-Kollegen hatten darum große Erwartungen in die Übernahme gesetzt. Aber das erwies sich nicht eben als Selbstgänger. Die Angleichung an die besseren Sietas-Standards, die wir am Ende durchsetzten, war das Ergebnis von jahrelangen Auseinandersetzungen und hatte viele Väter. Dazu gehörten, neben einem reaktivierten Vertrauensleutekörper der IG-Metall und den für Sietas-Verhältnisse ungewohnten Warnstreiks und Betriebsversammlungen eine DKP-Betriebsgruppe mit einer regelmässig erscheinenden Betriebszeitung. Diese wurde von uns Mitgliedern selbst an den Werfteingängen verteilt. Das erwies sich nun als ein grober, politisch naiver Fehler mit der Folge einer extremen Zuspitzung der Konfliktlage mit einem patriarchalisch operierenden Eigentümer. Der forderte, bei Strafe der Betriebsschließung, meine Abberufung aus dem Betriebsrat. Das unterblieb dann zwar, aber die von unserer Gruppe ausgehende Konfrontation polarisierte auch im mehrheitlich sozialpartnerschaftlich gestimmten Betriebsrat, sodass es 1975 bei der Neuwahl des Betriebsrats und nach einer konfliktgeladenen Betriebsversammlung zu meiner fristlosen Kündigung kam, der der Betriebsrat zustimmte. Zwar nur mit der Mehrheit von einer Stimme, - man hatte zur Abstimmung ein ausgesuchtes Ersatzmitglied geladen -, aber das Kind war in den Brunnen gefallen. Verführt durch vorausgegangene Erfolge und die Mahnungen wohlwollender Kollegen mißachtend, war vor allem ich gegen eine politische Mauer gelaufen. Etwas spät wurde mir klar,

dass der revolutionären Ungeduld des Post-68ers in der betrieblichen Wirklichkeit Grenzen gesetzt waren. **

Politische Arbeit

1975, nach meinem Wechsel zur Werft Pohl & Jozwiak und der Wahl in den dortigen Betriebsrat, wurde ich auch in die Vertreterversammlung der IG-Metall-Verwaltungsstelle Hamburg gewählt. Deren offizielle Aufgabe ist die Kontrolle der Umsetzung zentraler Organisationsbeschlüsse. Tatsächlich war die Versammlung in den 70er- und 80er-Jahren regelmäßig Ort politischer Debatten, wo nicht allein über Tarifforderungen, sondern auch heftig über den sogenannten Nato-Nachrüstungsbeschluss, die DGB-Unterstützung für die päpstlich-polnische Solidarnos` oder politischen Widerstand gegen den „Knebelparagraphen 116“ gestritten wurde. Entsprechende Resolutionen wurden oft mit sehr knappen Abstimmungsmehrheiten verabschiedet. Die Linken hatten also die Chance – u.a. dank der damals kritischer gestimmten Gruppe der Grünen - Mehrheiten gegen den rein sozialdemokratischen Apparat zu bilden. Dafür sorgte u.a. auch eine entsprechende Vorbereitung innerhalb der DKP, die eine erhebliche Zahl von Betriebsfunktionären und auch Mitgliedern der Vertreterversammlung stellte. Über eineinhalb Jahrzehnte war es meine Aufgabe in der DKP, als W+S-Sekretär (faktisch Betrieb & Gewerkschaft) im Parteikreis Altona die politische Arbeit der (damals acht) Metallbetriebsgruppen zu unterstützen. Das hieß: Versammlungen der gewerkschaftlichen Funktionsträger, Vorbereitung von betrieblichen Wahlen, Erörterung betrieblicher Konflikte, Entwurf gewerkschaftlicher Beschlussvorlagen, Herausgabe von Betriebszeitungen oder z.B. Vorbereitung von regionalen Werftarbeiter-Konferenzen zu unterstützen. Heute kann ich mir nicht mehr vorstellen, wie diese Aufgabe neben ganztägiger Berufsarbeit zu bewältigen war, geschweige denn wie dieser Zeitaufwand gegenüber der Familien zu vertreten war. Aber ich war mit damals mehr als 4000 Hamburger Parteimitgliedern und Erich Honecker der festen Überzeugung: Den Sozialismus in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf.

Bei Pohl & Jozwiak: Wie mein beruflicher und Alltag aussah

Nach meinem Rauswurf 1975 bei Sietas machte ich mir zunächst keine Sorgen um einen neuen Arbeitsplatz. Elektriker mit Berufserfahrung waren gesucht. Darüber vergaß ich, dass der Hamburger Innensenator Werner Staak (SPD) ein überzeugter Verfechter von Berufsverboten war, der es nicht bei der Anwendung auf DKP-Lehrer beließ. So machte ich die oben erwähnte Bekanntschaft mit der „Schwarzen Liste“, die der Verfassungsschutz zum Wohl aller „systemrelevanten“ größeren Unternehmen führte und führt. Die Hamburger Werft Pohl & Jozwiak fiel mit ihren damals knapp 200 Beschäftigten zu meinem Glück durch dieses Raster hindurch. Jedenfalls wurde ich eingestellt und arbeitete dort anschließend 22 Jahre, nur kurz unterbrochen durch die Vorbereitung auf eine Meisterprüfung. Die Arbeit gefiel mir gut, weil viel technischer Nachholbedarf bestand und selbständiges Arbeiten geschätzt wurde. Trotzdem überraschte es mich, als mein Meister mich bei seiner Verrentung als Nachfolger vorschlug. Ich fühlte mich durch das Angebot zwar geehrt aber wurde dadurch auch in mir wenig genehme Vorgesetztenpflichten eingebunden. Ein Zielkonflikt für jeden Kommunisten, den es in der Praxis zu lösen gilt.

Das erwies sich als machbar. Auch bei P&J wählten mich meine Kollegen nach kurzer Zeit in den Betriebsrat und ab `78 zum Betriebsratsvorsitzenden. Neu war für die Geschäftsführung nun allerdings, dass Betriebsversammlungen betriebsverfassungskonform vierteljährlich durchgeführt wurden, dem Geschäftsbericht kritische Nachfragen folgten, Gewerkschaftsvertreter eingeladen und politische Themen nicht mehr ausgeklammert wurden. Für die Eigentümer und Geschäftsführer ein Sakrileg und ein glatter Verstoß gegen das „Gebot der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ aus dem Betriebsverfassungsgesetz. Mehrfach verließen sie nun unter Protest Betriebsversammlungen. Als die Belegschaft sich Anfang der 80er aktiv in die Aktionen um die 35-Stunde-Woche einbrachte, vergaßen sie allerdings schnell diese Auffassung von Betriebsfrieden und hängten Propaganda-Plakate des Schiffbauverbandes an ihre „Schwarzen Bretter“.

Als Lehre aus meinen geschilderten Vorerfahrungen achtete ich nun darauf, meine Kollegen nicht zu überfordern, ohne in „Stellvertreterpolitik“ zu verfallen. Ich wusste inzwischen: Eine Belegschaft, die sich durch einen Betriebsrat abgesichert weiß, immer informiert und gefragt wird, lässt sich die Butter nicht vom Brot nehmen. Und Herausforderungen gab es in den 70er-

und 80er-Jahren genug. Angefangen mit der 35-Stunden-Woche, die von Beginn an von einer Dauerpropaganda der Gegenseite begleitet wurde. Dem folgte umgehend der Versuch, den Anti-Streik-Paragraphen 116***so zu verschärfen, dass „kalte Aussperrungen“ der Arbeitgeber erlaubt und der Anspruch der Betroffenen auf Kurzarbeitergeld entfallen würden. Kurze Arbeitsniederlegungen häuften sich, und auch die obligatorischen Warnstreiks zu Beginn jeder Tarifrunde hat die Belegschaft stets mitgetragen. Durch eine aktive innerbetriebliche Lohnpolitik konnten wir die benachbarten Großbetriebe HDW und MAN in der Lohnentwicklung ein- bzw. überholen. Natürlich provoziert jede aktive Betriebspolitik Widerstand. Mit häufigen Abmahnungen wegen angeblicher Verletzung des Neutralitätsgebots in Sachen Politik und Arbeitskampf, behaupteten Eigenmächtigkeiten und Kompetenzüberschreitungen in Sachen Mitbestimmung, Verweigerung fristloser Kündigungen usw. musste ich leben. Man konnte sie per Widerspruch neutralisieren und notfalls per Gerichtsbeschluss aus der Personalakte herausklagen.

Und politisch? Nach längerem Anlauf entstand auch bei Pohl&Jozwiak eine Betriebsgruppe der DKP mit mehrheitlich jungen Mitgliedern, die aber zurückhaltender agierte als im Sietas-Betrieb. Mit ihr und durch sie motiviert haben haben Kollegen mehrfach gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses demonstriert, haben sich während der Arbeitszeit abgemeldet, um die Betriebsbesetzer der benachbarten HDW zu unterstützen und an ihren Betriebsversammlungen teilzunehmen, haben einen Bus gechartert, um den harten Kampf um Arbeitsplätze bei Thyssen-Rheinhausen zu unterstützen, haben einen betrieblichen Aufruf gegen den Nato-Nachrüstungsbeschluss verfasst und fast vollzählig unterschrieben. Eingeschriebene SPD-Mitglieder nicht ausgenommen. (Ausnahmen bildeten lediglich zwei Helmut Schmidt-Fans und ein netter Gewerbelehrer, der als MLPD-Anhänger bei uns seine Zweitausbildung zum Schlosser und Klassenkämpfer absolvierte.) Ich war froh, nicht nur dieses berufliche, sondern auch ein interessantes politisches Betätigungsfeld gefunden zu haben. Meine Einstellung kannte jeder. Wenig Verständnis brachten mir meine Kollegen allerdings entgegen, als ich die Politik von Michael Gorbatschow nur noch mit Vorbehalt gut fand.

Im Ergebnis eine Atempause. Mehr war nicht drin!

Die von mir als Betriebsratsvorsitzenden vertretene Belegschaft beschäftigte 1988 über Monate die Hamburger Öffentlichkeit mit Aktionen gegen die drohende Schließung der Werft. Arbeiter, Angestellte, Ingenieure und Auszubildende demonstrierten durch die Innenstadt und mit Boots- und Barkassenfahrten auf Elbe und Binnenalster, Auszubildende malten mit ihrem Ausbilder unzählige Transparente und besetzten den Museumssegler Rickmer Rickmers. Die gesamte Belegschaft führte auf dem Rathausmarkt eine ordentliche, aber wegen der Bannmeile nicht ordnungsgemäße Betriebsversammlung durch und errichtete an der Stadthausbrücke ein zeitlich unbegrenztes Zeltlager (es wurden 40 Tage und Nächte daraus). Die Hamburger reagierten mit so kaum erwarteter Sympathie. Reporter der Privatsender, des Hamburg-Journal, von Abendblatt und Morgenpost berichteten regelmässig und führten Interviews mit Kollegen. Abordnungen aus anderen Metallbetrieben und Reedereien besuchten uns im Betrieb oder am Aktionsort. Selbst „Bild“ blies dank sympathisierender Lokalredakteure in unser Segel. Für anhaltendes Medieninteresse hatte auch eine Gruppe besonderer Sympathiesanten gesorgt. Zu Unterstützern unseres Anliegens gehörten so unterschiedliche Prominente wie der FC St. Pauli-Torwart Volker Ippig, die Theaterleiter Ida Ehre, Eberhard Möbius und „Fiete“ Schütter, der Wirtschaftsprofessor Harald Mattfeldt und der Journalist, Ex-Staatssekretär und Leiter der „Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR“, Günter Gaus. Den Hamburgern war über Nacht, so schien es, die Einsicht gekommen, dass ein Hafen ohne Werften eine armselige kulturelle und wirtschaftliche Utopie abgeben würde. (Heute kann man diese Zukunft besichtigen. Containerlager und röhrende LKW. Weit draussen erst 3 oder 4 Riesenfrachter, im Hafen die Reste von Blohm&Voss plus qualmender kreuzfahrender Rentneroasen. Sonst Tote Hose, soweit das Auge reicht.)

Die Belegschaft hatte durch ihre ausdauernde Aktionsbereitschaft dies Interesse und diese Solidarität ausgelöst, aber wir hatten es der von uns kaum erwarteten öffentlichen Anteilnahme zu verdanken, dass der Senat seine Hinhaltspolitik aufgab und unser Abwehrkampf mit einem Erfolg endete. Im Spätsommer `88 übernahm der ehemalige Vorstandsvorsitzende der HDW und des Bremer Werftverbundes, Norbert Henke, die Werft und versorgte sie in den folgenden Jahren stetig mit Aufträgen, was ihm als „Treuhandbeauftragter für Schiffbau und Werften“ sichtbar leichtfiel. Erst nach dem vorzeitigen Tod Henkes und nach der vom Senat erzwungenen Umsiedlung auf das Gelände von Blohm & Voss ging die Werft 1997 endgültig in Konkurs. Der

gewerkschaftliche Organisationsgrad im Betrieb hatte zwischenzeitlich nahezu 100 Prozent erreicht. Der Zusammenhalt der Belegschaft existiert dank der Aktivität meiner Stellvertreterin im Betriebsrat bis auf den heutigen Tag.****

Die Zeit danach?

Die verbleibenden vier Jahre bis zur Rente verbrachte ich beruflich als Anleiter im ABM-Bereich, die Zeit danach mit jeweils mehrmonatigen Reisen durch Süd- und Mittelamerika oder mit stark nachgefragter „selbstbestimmter Berufstätigkeit“, sprich Schwarzarbeit.

In den 80er-Jahren hatte ich mich während mehrerer Jahresurlaube in Projekten der Nicaragua-Solidarität engagiert. Ich beteiligte mich an der Errichtung von Freileitungsanlagen, der Elektrifizierung von städtischen und dörflichen Siedlungen, an Bau und Ausrüstung einer Druckerei und eines Kulturzentrums im schönen Granada. Die dazu notwendigen umfangreichen Mittel kamen aus Spenden von DKP-Mitgliedern und der „Stiftung Dietmar Schönherr“, den Transport übernahm die Staatsreederei der DDR, die Reise- und Aufenthaltskosten die Teilnehmer selbst. Das war eine sehr befriedigende Arbeit, wenn auch die Organisation aufreibend war und die Durchführung oft abenteuerlich. Sie lenkte allerdings von zunehmenden politischen Widersprüchen ab, die im realsozialistischen Alltag zunahmen, während wir in einer entfernten Weltecke zu ihrer Lösung beizutragen uns mühten.

Ich bin nach wie vor Mitglied der DKP als einer Partei, die ihren Einfluss und ihre Einheitlichkeit mit dem Zusammenbruch des europäischen Sozialismus eingebüßt hat und sich schwertut, daraus notwendige Schlussfolgerungen zu ziehen. Persönlich sehe ich die Sache heute so: Dass die Zivilisation im Kapitalismus, der jeden Tag selbstzerstörerischer agiert, zu retten wäre, halte ich für ein Märchen.. Alle wesentlichen Ursachen, die den bisherigen Sozialismus notwendig gemacht und hervorgebracht hatten, bestehen weiterhin. Der Sozialismus ist mit dem Scheitern der sozialistischen Ordnungen in Europa keineswegs erledigt. Wir Kommunisten haben eine weitgehend selbstverschuldete Niederlage erlitten, aber die Alternative kann nur heißen: Lasst es uns besser machen!

Meine 68er-Vergangenheit, deren Erwartungen – einschließlich bestimmter Aktionen - mir im Licht späterer Erfahrungen oft etwas „pubertär“ erschienen, sehe ich im Rückblick positiv: Das

war ein politischer Durchlauferhitzer, der meine Jahre danach stark bestimmte. Beruflich bedeutete diese Zeit zwar einen Bruch, denn unter den geschilderten Umständen fehlten mir Ehrgeiz und Mittel, das Physikstudium zu Ende zu bringen. Bedauert habe ich das aber nicht, da sich in meinem Leben Politik und Arbeit gut verbanden. Schwieriger war mein politischer Dauerlauf alles in allem für die Familie.

Die Ehe wurde 1987 geschieden. Aus der Verbindung mit Viola, geborene Köhler, stammen Tochter May (*1967) und Sohn Ben (*1969). Seither bin ich mit Irma Hillen verbunden, seit 1997 mit ihr verheiratet.

Hamburg, Mai 2020

Rudi Christian

Anmerkungen

* Das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) wurde im Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau gegründet. Deutsche unterschiedlicher politischer Einstellung arbeiteten im Nationalkomitee zusammen. Emigranten, oft Kommunisten und Antifaschisten, die in der Sowjetunion lebten, und von der Roten Armee gefangene Soldaten und Offiziere. In ihrem Manifest riefen die Gründer vor allem Soldaten und Offiziere der Wehrmacht auf, mitzuhelfen, den Krieg zu beenden, die weitere Zerstörung Deutschlands und weitere Menschenopfer zu verhindern. Sie forderten ein „gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, über die Anführer, ihre Hintermänner und Helfer, die Deutschland ins Verderben, Schuld und Schande stürzen.“¹

Dem Gründungskomitee gehörten an: 4 Generale, 2 Oberste, 5 Majore, 2 Hauptleute, 7 Oberleutnante und Leutnante, 1 evangelischer und ein katholischer Wehrmachtspfarrer, 1 Armeejurist, 16 Vertreter der Mannschaften.

** Die Kündigung erwies sich nach Rechtslage als unzulässig und war schon wegen meiner Mitgliedschaft im Betriebsrat unwirksam. Nach den entsprechenden Urteilen beider Instanzen des Arbeitsgerichts bot ich im Betrieb meine Arbeitskraft an, wurde aber beide Male in Polizeibegleitung auf die Straße gesetzt. Eine Weiterbeschäftigung hätte das nun zuständige Bundesarbeitsgericht nach damaliger Rechtslage als „unzumutbar“ beurteilt. Entsprechend dem Rat der IG-Metall akzeptierte ich die damals hohe Abfindung in einem Kündigungsschutzprozeß. Die Hälfte der mehr als 40 000 DM habe ich der Partei gespendet.

Zur Person Sietas berichten ehemalige Beschäftigte, dass er nach 45 verurteilt wurde, weil er einem abgesprungen englischen Piloten ein Auge zerschlagen hatte. Einer Besuchergruppe verriet er bei einer Betriebsbesichtigung, dass er vorzugsweise Türken einstelle. Die Jugos seien Messerstecher und Italiener wüßten schon nach 2 Wochen, wie man sich um die Arbeit drückt.

Die Norderwerft wurde nach dem Konkurs des Sietas-Unternehmens 2011 von der Lürssen-Gruppe in Bremen-Vegesack übernommen, zu der seit November 2016 auch B&V gehört. Heute werden dort vorzugsweise NATO-Schiffe repariert.

*****Anti-Streik-Paragraf**

Früher Paragraf 116 AFG – heute § 160 SGB III

Auch als sogenanter „Franke-Erlass“ bekannt. Dieser ist eine rechtswidrige Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit (BA) von 1984. Die Entscheidung ermöglichte den Unternehmen eine „kalte Aussperrung“/Angriffsaussperrung. Bei künftigen Arbeitskämpfen außerhalb der umkämpften Tarifgebiete, aber innerhalb der gleichen Branche wird kein Kurzarbeitergeld mehr gezahlt.

Der „Franke-Erlass“ als Akt der Knebelung von Gewerkschaften scheiterte damals an den Sozialgerichten. Daraufhin änderte die Bundestagsmehrheit den Paragrafen im Arbeitsförderungsgesetz. Auf Rechtsklarheit wurde weitgehend verzichtet.

**** Nach wie vor treffen sich, dank unserer stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden, zwischen 30 und 40 Ehemalige jährlich zum Gedankenaustausch bei Kaffee und Kuchen, wahlweise Bier und Bockwurst. Die Jüngeren, also heute 50jährigen, haben oft den Beruf gewechselt. Aus Schlossern, Schiffbauern, Tischlern sind LKW-oder Busfahrer geworden, auch Klavierbauer, Ingenieure, Meister, Werkstattleiterin, Kaffeehaus-Managerin, Flugzeugbauer. Die Alten erfreuen sich oft guter Gesundheit, was bei den früheren Arbeitsbedingungen überrascht. Regelmässig besucht uns noch Theaterchef Eberhard Möbius im Rollstuhl. Nicht zu vergessen einer unser früherer Eigentümer und Geschäftsführer, gegenüber dem ich stets einen Anflug schlechten Gewissens verspüre. Warum bloß?